

Frankfurter Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugshöhe des Blattes beträgt in Stadt und Land 190.000 Mark, auch die Post bei freier Zustellung monatlich 190.000, in den Postgebieten oberhalb 180.000 monatlich. Die abgabepolitischen Preisverhältnisse stellen sich im Einzelnen wie folgt: In den Postgebieten oberhalb 180.000, im übrigen 190.000. Reflektieren die Subskriptionspreise 190.000 im Einzelnen und 180.000 im übrigen. Preis für den Abnehmer: 190.000 im Einzelnen und 180.000 im übrigen. Preis für den Abnehmer: 190.000 im Einzelnen und 180.000 im übrigen.

Verlags- und Druckerei: Halle a. S., Neue Dammstraße 16 und Große Dammstraße 17, Fernsprecher-Sprechzentrale. Gesamt-Nummern 1140 und 1142. Geschäftsverteilung: Markt 24. Druck-Verfahren: „Galvanoplastik“. Druck-Verfahren: „Galvanoplastik“. Druck-Verfahren: „Galvanoplastik“. Druck-Verfahren: „Galvanoplastik“.

Der Kanzler warnt vor Panikstimmung.

Stabilisierung und Budget / Fortsetzung der Verhandlung Anfang nächster Woche Konfliktstoff zwischen Beamtenverbänden und Regierung / Das Urteil im Weinprozeß.

„Deutschland nicht banterot!“

Wien, 3. November. Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ berichtet seinem Blatt, daß er heute Gelegenheit hatte, sich von der Stimmung innerhalb der Reichsregierung zu überzeugen. Die Reichsregierung habe sich von der Katastrophensituation, die in Finanzkreisen herrscht, nicht fortziehen lassen, sondern lege ruhig und in voller Klarheit, wie das der Ernst der Lage erfordere, ihre Zusammenarbeit mit der Reparationskommission fort. Der Reichskanzler äußerte sich dem Korrespondenten des Blattes gegenüber in folgender Weise. „Es herrscht Panik, eine Panik, die durch die wirtschaftliche Lage Deutschlands in keiner Weise gerechtfertigt ist, die aber dadurch hervorgerufen worden ist, daß die Verantwortlichen auf der Gegenseite, welche Entschlüsse fassen müßten, bis heute auf diesen Entschlüssen, zu den Tatsachen, die verhängnisvolle Entwicklung schon längst erfordert hätte, nicht haben aufpassen können. Das Resultat dieser Entwicklung ist, daß Deutschland nicht etwa banterot ist — es ist purer Ansturm, so etwas auszuhalten, sondern daß es zu Reparationen unfähig geworden ist. Deutschland hat auch jetzt noch den ehrlichen Willen, sich zu verständigen. Ob es aber später überhaupt noch etwas wird leisten können, hängt davon ab, ob es möglich sein wird, das Herabfallen der deutschen Währung zu bremsen. Denn das kann nicht eindringlich genug gelagert werden: Reparationsleistungen und laufende Ausgaben sind nicht zu vereinen.“

Optimismus?

Paris, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Berliner Reichsminister des „Corriere della Sera“ meldet, der englische Delegierte der Reparationskommission sei in Berlin einen neuen Stabilisierungsplan für die Währung ausgearbeitet. Der belgische Delegierte Delacroix bemähe sich, seine positiven Pläne zur Geltung zu bringen. Es geht, nach einigen Meinungsverschiedenheiten zu bezeichnen. Man hoffe, aber, heute nachmittags zu einem vollkommenen Übereinstimmen zu gelangen. Einer der allersten Engländer erklärte gestern abend dem Korrespondenten, er sei optimistisch und glaube ganz bestimmt, daß die Stabilisierung der Währung möglich sei.

Ueberegabe der deutschen Denkschrift.

Der vermutliche Inhalt.

Berlin, 3. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die deutsche amtliche Mitteilung über die Reparationsverhandlungen lautet: „In der heutigen Besprechung mit den Mitgliedern der Reparationskommission überreichte Reichsfinanzminister Hertweg eine schriftliche Ausarbeitung über die schwebende Schuld und die Stabilisierung der Währung. Die Mitteilung weiterer schriftlicher Unterlagen wird demnächst. Die Besprechungen nehmen Anfang nächster Woche ihren Fortgang.“

Berlin, 4. November. (Eig. Drahtmeldung.) In dem gefestigten der Reparationskommission überreichte den deutschen Regierung wird nach Informationen des Sozialdemokratischen Zentralkomitees einleitend darauf hingewiesen, daß eine Stabilisierung der Währung gleichzeitig mit der Balancierung unseres Staats erfolgen muß. Unter Hinweis auf die deutsche Staatsverschuldung und die Betrugsgeschichte eines Teiles des Reichsbankgeldes und die Stabilisierungsmaßnahmen begründet die deutsche Regierung dann die Zweckmäßigkeit von Stabilisierungsmaßnahmen im Innern ohne äußere Hilfe. Eine große äußere Anleihe wird deshalb als Voraussetzung zu einer Stabilisierung der Währung und Balancierung unseres Staats für unbedingt notwendig erachtet. Vorausgesetzt, daß eine äußere Anleihe zu erlangen kommt, ist die Reichsregierung nicht abgeneigt, auch den Goldbestand und den Reichsdienst teilweise zu Stützungsmaßnahmen für die Währung zu verwenden. Weiter verweist der Vorschlag darauf, daß eine äußere Anleihe aber nur dann möglich sein wird, wenn eine langfristige Stundung sowohl der materiellen als finanziellen Verpflichtungen eintritt. Eine Stundung der Zahlungen wünscht die Regierung nur für Materialien, die nicht ausschließlich für den Wiederaufbau nachfranzösischer Vermögen dienen. Die Kosten für die Wiederaufbauarbeiten werden sie nach Möglichkeit durch eine innere Anleihe aufbringen. Als Maßnahme im Innern vertritt die Regierung, eine Erhöhung der Einnahmen und Verringerung der Ausgaben anzustreben. Zum Schluß wird dann noch eingehend der Bemerkung gefolgt, daß eine Finanzkontrolle über Deutschland nur eine Schwächung anderer Interessen und damit der Interessen der Entente darstellen würde.

Anstaltungen der Entente.

Paris, 4. November. (Eig. Drahtmeldung.) Eine Staatsanleihe aus Berlin heißt es, daß die Verhandlungen mit der Reparationskommission mit der deutschen Regierung weiterhin den Einbruch erwidern, den man sich in Deutschland des Erstes der gegenwärtigen Lage bemerkt hat. Die besondere Unzufriedenheit, mit der diesmal die Anleihe über das Budget wie über die Finanzen im allgemeinen geübt und die begangenen Fehler und die schweren Unterlassungen aufgedeckt werden, trägt stark dazu bei, jeden Versuch eines abschließenden Verständigung zu verhindern. Bis

jetzt habe man sich auf kritische Untersuchungen beschränkt und keine bestimmten Vorurteile formuliert oder ins Auge gefaßt. Die offizielle französische Meldung schließt mit den Worten: Namentlich der Finanzminister scheint geneigt zu sein, die Probleme mit aller Offenheit zu behandeln. Ein etwas gespannter Beziehungen zum Reichsfinanzminister läßt keine Handlungsfreiheit in einem gewissen Grade.

Paris, 3. November. Sir John Bradbury hat sich in einem Gespräch mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ dahin geäußert: „Wir haben in Berlin gefunden, daß der Kanzler und der Finanzminister bereit sind, alle Anforderungen zu machen, um dem Wiederherstellungsausschuß einen Einblick in die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu geben. Wir brauchen diesen Einblick sehr dringend, da es mit Sicherheit wohl, als könnte das deutsche Volk durch dringliche Maßnahmen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Diese Maßnahmen wollen wir suchen und die Verantwortung vollständig zwischen dem Wiederherstellungsausschuß und der deutschen Regierung teilen.“

Reichstagsstagung am 13. November.

Berlin, 3. November. Der Sitzung des Reichstages am 13. November, der über den Zeitpunkt des Wiederzusammentrittes des Reichstages entscheiden sollte, wurde nach der Reichstagsliste Dr. Wirth bei. Als Tag des Wiederzusammentrittes wurde vorläufig der 13. November in Aussicht genommen. Man war sich darüber einig, daß ein früherer Zusammentritt nicht erwünscht und erforderlich sei, da die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission sich noch in einem Vorstadium befinden.

Neuorderungen der Sp'genverbände.

Die Regierung lehnt ab.

Berlin, 3. November. Die letzten Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften haben zwar zu einem Abkommen geführt, das vor der Hand von den Gewerkschaften angenommen worden ist, doch haben sich bei dieser Konferenz zwischen dem Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern sehr ernste Differenzen ergeben, die sich noch weiter ausweiten dürften. Vor allem ist mit einer baldigen Neuordnung von Teuerungszulagen für die Beamten und Staatsarbeiter zu rechnen. Wir erfahren darüber folgendes:

Bei den Verhandlungen, die am Mittwoch im Reichsfinanzministerium geführt worden sind, erklärte Ministerialdirektor von Schlieben, daß die zahlenmäßige Höhe der Forderungen von der Regierung mit aufrichtigem und aufrichtigem Bedauern zur Kenntnis genommen sei. Die Gewerkschaften hätten bei der Aufstellung ihrer Forderungen auf die Lage des Reiches keine Rücksicht genommen, denn die Weltkriegen haben die Ausgaben um 20 Milliarden und Gehälter erhöht um 10 Milliarden. Die Regierung habe es für unter ihrer Würde, mit den Gewerkschaften einen Kampf zu beginnen und mache daher ein Angebot, an dem sich nicht mehr rütteln lasse. Im Namen aller verhandelnden Organisationen gab darauf der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes folgende Erklärung, in der es heißt: „Die Gewerkschaften sind außerordentlich und aufrichtiges Bedauern darüber, daß die Regierung glaubt, den Vorschlag der Organisationen als nicht ernsthaft abtun zu können. Die Organisationen sind aus äußerer Notwendigkeit über das Vorgehen der Regierung, die glaubt, ihr einziges Angebot in ultimativer Form machen zu können. Wenn das Angebot Berücksichtigung finden sollte, erachten die Organisationen es als notwendig, in kürzester Zeit mit neuen Forderungen an die Regierung heranzutreten.“

Infolge der sich immer mehr katastrophal auswirkenden Marktentwertung wollen die Gewerkschaften, wie wir hören, in den nächsten Tagen bereits zusammenzutreten, um sich über die Höhe eines neu zu fordernden Zulagenzuschlages schlüssig zu werden. Ob allerdings die Regierung nach ihren letzten Erklärungen bereit sein wird, die neuen Wünsche der Organisationen zu berücksichtigen, erscheint nach der Stellungnahme des Regierungsvertreters bei den letzten Verhandlungen sehr fraglich.

Die Deutschen verlassen die Genfer Arbeitskonferenz.

Paris, 4. November. In der gestrigen Sitzung der Genfer internationalen Arbeitskonferenz kam es zu einem außerordentlichen Zwischenfall infolge der energischen Forderung der deutschen Delegierten nach Zulassung der deutschen Sprache bei den Verhandlungen. Diese Forderung, zu der der französische Delegierte Jouhaux im Name der Konferenz Stellung genommen hatte, war von diesem abgelehnt worden. Daraufhin erhob sich in der Nachmittagsitzung der deutsche Vertreter Willel zu einer Protestrede, in der er mit großer Energie darlegte, welche Unmöglichkeit es wäre, Mitarbeiter deutscher Arbeiter von den Verhandlungen auszuschließen, weil man sie nicht in ihrer Sprache reden lassen würde. Er schloß mit der Erklärung, daß das gesammelte Deutschland seine Hoffnungen auf die Zukunft nicht aufgeben werde, und daß es sich wieder zu erheben wolle. Nach diesen Worten verließ die gesamte deutsche Delegation den Saal.

Heutiger Stand des Dollars 6100!

Der Weg zum Zusammenbruch.

In den wenigen Tagen, die die Reparationskommission in Berlin weißt, hat sich der Stand der Währung um mehr als 2000 Punkte verschlechtert. Wenn auch an der gestrigen Börse nach dem tiefsten Dollarkurs von 6600 eine kleine Erholung bis auf etwas weniger als 6500 eingetreten ist, so zeigt doch dieser letzte unerfreuliche Stand mit voller Deutlichkeit, daß der Zusammenbruch, den der englische Wirtschaftswissenschaftler Keynes für den Herbst dieses Jahres prophezeit hat, zur Tatlage wird. Es ist ja kein Wunder, daß unaufhaltsame Niederbreiten der Währung allem, was dafür gesagt, es ist die tägliche, fast stündliche Verteuerung aller lebensnotwendigen Dinge, das Emporsinken der Preise auf phantastische Höhen, das beweist, daß wir unmittelbar vor dem Ende einer noch einigermaßen geordneten Wirtschaftsführung stehen. Unter diesem Eindruck soll man die Reichsregierung der Reparationskommission die Vorschläge unterbreiten, auf deren Grundlage über die Stabilisierung der Währung Beschlüsse gefaßt werden sollen. Bis in die letzte Stunde, vor der für Freitag abend gemächlichen Übermittlung dieser Vorschläge, hatten die Beratungen im Reichskabinett angeordnet, und man kann begreifen, daß es unter dem Eindruck der von der Börse kommenden Schreckensmeldungen nahezu unmöglich erschienen mußte, irgendwelche Projekte, ganz besonders aber irgendwelche bestimmten Zahlen zu nennen. Der Reichsfinanzminister hat allerdings den Betrag von 500 Millionen Goldmark als das Maß einer auskömmlichen Goldanleihe bereits in Vorschlägen den Herren der Reparationskommission genannt, doch ist schon aus ihren Kreisen, und zwar von dem englischen Delegierten Bradbury dazu bemerkt worden, daß diese Summe kaum noch ausreichen dürfte, um eine wirklich wirksame Stützungsaktion zu gewährleisten. Die Ziffer ist denn auch noch nicht als endgültig gedacht. Man erwartet (soweit nicht, daß die Reparationskommission auf der Grundlage des ihr unterbreiteten deutschen Vorschlages sich in der Lage sehen wird, bindende Beschlüsse zu fassen; sie wird sich vielmehr zunächst mit ihren Regierungen in Verbindung setzen müssen, bei denen die letzte Entscheidung liegt.

In der Frage der Auslandsgoldanleihe ist auch heute noch nicht die außerordentliche Schwierigkeit behoben, die darin liegt, daß man der Anleihe nur dann Auslöser geben zu können glaubt, wenn die Reparationskommission sich bereit findet, einen Teil der ihr zuzustehenden Garantien aus dem deutschen Volkvermögen an die Empfänger der Anleihe abzutreten. Die Regierung, die sich diesem Gedanken gegenüber bereits ausgesprochen hat, bleibt nach wie vor bestehen. Dadurch werden alle Projekte, die von einer solchen Vorauszahlung ausgegangen sind, hinfällig, unter ihnen auch der von dem amerikanischen Professor Jents ausgehende. In Paris begleitet man die Berliner Verhandlungen in den wirtschaftlich denkenden Kreisen nicht nur mit passivem Interesse, sondern bemächtigt sich auch um Vorschläge für die Lösung der Aufgabe, an der man in der deutschen Reichsversammlung arbeitet. Es wird von einer Projekt berichtet, das eine Interessengemeinschaft der deutschen Industrie mit der Rohstoffförderung in Bolivien, Oberösterreich und der Erzeugung in Döhringen als Ausgangspunkt für eine Anleihe unter der Voraussetzung gewisser Garantien zur Debatte stellt. Heber die Einzelheiten dieses Projektes würden sich die Sachverständigen erst nach zu unterhalten haben; für die augenblickliche Lage aber ist das entscheidende, daß die Gestaltung und praktische Durchführung eines solchen Gedanken jedenfalls erheblich mehr Zeit beanspruchen würde, als zur Verfügung steht. Das Verbleibende zeigt, daß mit möglicher Befreiung greifbare Ergebnisse erzielt werden müssen, wenn der völlige Wiederbruch nicht aufgehoben werden soll. Es ist schon zu weit, daß die nationalpolitische Presse Frankreichs bereits triumphierende Erwägungen anstellt, über das negative Ergebnis, mit dem die Reparationskommission nach Paris zurückkehren und das besagen werde, daß Deutschland als wirtschaftliche und politische Einheit nicht weiter bestehen könne. Mit diesem frommen Wunsch begleitet Perinax im „Echo de Paris“ die Berliner Verhandlungen.

Nach ist es ja nicht ganz so weit. Wie außerordentlich raffiniert aber selbst Sachverständigen der der Gegenseite, die es keineswegs so absurd sind wie Herr Perinax, die Situation Deutschlands beurteilen, dafür gibt eine Meinung der englischen Delegierten in der Reparationskommission, Bradbury, gegenüber einem amerikanischen Journalisten einen niederstimmenden Beleg. Bradbury soll gesagt haben, man müsse befürchten, daß trotz allem guten Willen auf beiden Seiten es für einen praktischen Erfolg wohl schon zu spät sei. Sein Projekt, das bei einem Dollarkurs von 3000 Aussicht auf Erfolg beanspruchen dürfte, ist in Zweifel gezogen durch die Verschlechterung der Währung um das dreifache.

